

WEDER ENTSCULDIGUNG NOCH MATERIELLE ENTSCHÄDIGUNG

## Berufsverbote wirken noch immer nach

Die Initiativgruppe „40 Jahre Radikalenerlass“ fordert seit sieben Jahren, dass sich die politisch Verantwortlichen in Baden-Württemberg bei den vom Berufsverbot Betroffenen entschuldigen, sie rehabilitieren und finanziell entschädigen. In Bremen, Niedersachsen und Hamburg haben die Regierungen und Parlamente die Berufsverbote bedauert. In Baden-Württemberg ist bisher nichts dergleichen geschehen.



Fotos: Wolfgang Rüter

Protest der vom Radikalenerlass Betroffenen im Dezember 2018 auf dem Schlossplatz in Stuttgart.

Am 10.12.2018, dem 70. Jahrestag der Verkündung der Charta der Menschenrechte, hat die Initiativgruppe „40 Jahre Radikalenerlass“ mit einer Aktion auf dem Stuttgarter Schlossplatz ihre Forderungen erneut öffentlich gemacht. Unter den Protestierenden und vom Berufsverbot Betroffenen war auch die pensionierte Grundschullehrerin Sigrig Altherr-König. Die aktive GEW-Kollegin und ehemalige Personalrätin ist hart im Nehmen. Sie hat gelernt, mit sehr schwierigen Lebenslagen umzugehen. Die erste böse Überraschung traf sie schon zu Beginn ihrer Laufbahn als Lehrerin im August 1976 nach ihrer ersten Dienstprüfung an der PH Freiburg. Sie wurde zur Anhörung auf das Oberschulamt Stuttgart einbestellt. Auf der Grundlage des „Gemeinsamen Runderlasses der Ministerpräsidenten und aller Landesminister zur Beschäftigung von rechts- und linksradikalen Personen im öffentlichen Dienst vom 18. Februar 1972“ – besser bekannt als „Radikalenerlass“ – wurde ihr vorgeworfen, sie habe bei der Wahl für einen Sitz in einem Hochschul-

gremium auf der Liste des Marxistischen Studentenbunds Spartakus kandidiert. Nach einer weiteren Anhörung konnte sie verspätet den Vorbereitungsdienst an einer Stuttgarter Schule beginnen. Nach ihrer zweiten Dienstprüfung wurde ihr in einer weiteren Anhörung die Mitgliedschaft in der nicht verbotenen DKP (Deutsche Kommunistische Partei) vorgeworfen. Im Oktober 1978 erhielt sie Berufsverbot.

Doch Sigrig Altherr-König ist eine Kämpferin. Sie klagte vor dem Arbeitsgericht Stuttgart im Februar 1979 gegen die Nicht-Einstellung und gewann den Prozess. Das Land Baden-Württemberg ignorierte den Gerichtsbeschluss. Erst nach einer einstweiligen Verfügung vom Arbeitsgericht gab das Land nach. Sie wurde eingestellt und war von 1980 bis 1983 an einer Sonderschule in Ludwigsburg tätig. Das Land Baden-Württemberg hatte den Rechtsstreit mittlerweile bis vor das Bundesarbeitsgericht getragen – und dieses verwies den Rechtsstreit zurück an das Landesarbeitsgericht (LAG). Das LAG Stuttgart hob sein Urteil von 1979



Sie warten seit Jahren auf eine Entschuldigung.

auf. Altherr-Königs Klage auf Einstellung wurde abgewiesen. Sie erhielt erneut Berufsverbot. Von 1983 bis 1996 musste Sigrig Altherr-König sich beruflich völlig neu orientieren. Sie ließ sich zur Industriekauffrau ausbilden und arbeitete bei der Maschinenfabrik Schaudt in Stuttgart-Hedeltingen.

Sigrig Altherr-Königs Rückkehr in den Schuldienst beginnt am 26. September 1995. An diesem Tag hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ein wichtiges Urteil zur Berufsverbotspraxis gefällt. Im Fall der Lehrerin Dorothea Vogt, die wegen ihrer Mitgliedschaft in der DKP aus dem Staatsdienst entlassen und später wieder eingestellt worden war, hatte das Gericht festgestellt: Es liegt ein Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention vor (Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit). Die Bundesrepublik wurde



Alle Proteste blieben bisher folgenlos.

zur Zahlung von Schadensersatz verurteilt. Sigrid Altherr bewarb sich erneut für den Schuldienst. Weil das Kultusministerium nicht reagierte, schaltete sie die GEW ein. Erneut bestellte das Oberschulamt Stuttgart die Lehrerin ein, um ihre Verfassungstreue zu prüfen. 1996 durfte sie erstmals wieder unterrichten, 1998 wurde sie verbeamtet. 22 Jahre war sie bis zu ihrer Pensionierung mit hohem Engagement als erfolgreiche und von der Eltern- und Lehrerschaft geschätzte Lehrerin an Grund- und Hauptschulen im Schulamtsbereich Nürtingen tätig. Die materielle Bilanz bleibt bitter: Für die 13 Jahre, die sie nicht im Schuldienst arbeiten durfte, muss sie etwa 950 Euro Pensionsverlust monatlich in Kauf nehmen.

#### 46 Jahre später – wo stehen wir heute?

1972 hatte Sigrid Altherr-König ihr Studium begonnen – in dem Jahr, in dem der unselige „Radikalenerlass“ beschlossen wurde. Dieser Erlass hat nicht nur Altherr-Königs Leben schwer belastet, sondern die private und berufliche Biografie sehr vieler Menschen. Allein in Baden-Württemberg gab es mehr als 2.000 aktenkundige Fälle. Nach 46 Jahren fragt sich nicht nur Sigrid Altherr-König: Wo bleibt die Entschuldigung der Landesregierung? Wo bleibt die Rehabilitation und die finanzielle Entschädigung?

Sigrid Altherr-König hatte – wie viele andere – hohe Erwartungen in die grün-rote Landesregierung und vor allem in den Ministerpräsidenten gesetzt. Winfried Kretschmann war bekanntlich in seiner Ausbildung zum Lehrer wegen seiner Kandidatur auf Listen von kommunistischen

Studentengruppen für das Studentenparlament der Uni Stuttgart-Hohenheim ebenfalls in die Berufsverbots-Maschinerie geraten. Die Hoffnung auf eine baldige Entschuldigung oder gar Rehabilitation verflog aber rasch: Am 18.12.2014 sagte zwar Kretschmann in der „Welt“: „Ich halte eine wissenschaftliche Aufarbeitung auch aus der Sicht der Landesverwaltung für wünschenswert.“ Die Einschränkung folgte sofort: Diese Aufgabe könne eine Landesregierung in der notwendigen Tiefe und Seriosität nicht leisten. Damit müsse die Wissenschaft beauftragt werden.

Im Juni 2015 luden Vertreter/innen der damaligen grün-roten Landesregierung vom Berufsverbot Betroffene zu einem Runden Tisch ein. Uli Sckerl, der damalige parlamentarische Geschäftsführer der Grünen-Fraktion und Initiator des Treffens entschuldigte sich: „Es hat ganz sicher zu lange gedauert“. Was jetzt geschehe, sei „definitiv keine Alibi-Veranstaltung“. Am Ende solle eine wissenschaftliche Aufarbeitung stehen, möglicherweise auch eine politische Erklärung. „Den Anstoß wollen wir in dieser Legislatur auf jeden Fall noch geben. Das haben andere Länder ja auch geschafft“. Dabei bezog er sich auf Bremen und auf Niedersachsen. In der „Jungen Welt“ vom 16.02.2016 erklärte MdL Beate Böhlen (Grüne): „Unser Ziel ist ein Fonds zur Entschädigung“. Als Frist dafür nannte sie den 30. April 2016. Daraus wurde – wie aus den anderen Ankündigungen – nichts. Drei Monate später finden sich im Koalitionsvertrag Grüne/CDU gerade noch folgende Sätze: „In unserem Land kann jeder zu seinem guten Recht kommen

... So garantieren wir die Freiheit einer demokratischen Bürgergesellschaft mit unterschiedlichen Lebensstilen, Interessen und Meinungen.“ Auf dem bundesweiten Gewerkschaftstag der GEW im Mai 2017 in Freiburg hielt auch Ministerpräsident Kretschmann eine Rede. Delegierte stellten sich mit der Forderung „Berufsverbote? Rehabilitieren!“ im Saal vor die Empore mit dem Rednerpult. Ministerpräsident Kretschmann ging zum Bedauern der Versammelten mit keinem Wort auf den Protest der Delegierten ein. Die GEW-Vorsitzende forderte ihn auf, dem Beispiel Niedersachsens zu folgen. Dort hatte es wenigstens eine Entschuldigung gegeben.

#### Neue Hoffnung: Aufarbeitungsprojekt an der Uni Heidelberg

Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, hat am Historischen Seminar der Universität Heidelberg ein Aufarbeitungsprojekt begonnen. Erst eine SPD-Landtagsanfrage, die Ende Dezember 2018 sehr rasch beantwortet wurde, brachte Einzelheiten zu Tage. Unter der Projektleitung von Prof. Dr. Edgar Wolfurum und dem Arbeitstitel „Verfassungsfeinde im Land? Baden-Württemberg, '68 und der ‚Radikalenerlass‘ (1968 – 2018)“ sollen in dem auf drei Jahre angelegten Projekt neben der Vorgeschichte und der administrativen Umsetzung auch die „Auswirkungen und Folgen für Baden-Württemberg zwischen 1968 und 2018“ erforscht werden. Das Staatsministerium begrüßt das Forschungsvorhaben ausdrücklich und sieht darin einen „wichtigen Beitrag zur wissenschaftlichen Aufarbeitung.“

Sigrid Altherr-König kämpft weiter und bleibt – trotz alledem – Optimistin. Sie hofft unabhängig von der wissenschaftlichen Aufarbeitung auf eine schnelle Rehabilitation der Betroffenen durch die Politik. ▀

Hans Dörr

WWW.

Mehr zur Initiative und zum Thema Berufsverbote:

[www.berufsverbote.de/](http://www.berufsverbote.de/)

Mehr zum Forschungsprojekt:

<https://radikalenerlass-bawuede.com/>